

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 16

Rubrik: Fragen an das SOI

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vietnam und Europa

Die nachfolgenden Auszüge sind einer Rede entnommen, die ein Vertreter des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften, Jean Bruck, im April auf einem nationalen Gewerkschaftskongress in Saigon gehalten hat.

Ohne es gewollt zu haben, sieht sich die CVT, wie das ganze Land, in einem grausamen, mörderischen, zerstörerischen und ruinösen Krieg verwickelt.

In verschiedenen Hauptstädten der Welt haben in letzter Zeit Leute, die im Namen des vietnamesischen Volkes zu sprechen behaupten, demonstriert und Frieden in Vietnam gefordert — vor allem aber die bedingungslose Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam und den Abzug der amerikanischen Truppen.

Was mich betrifft, so weiss ich eins — nämlich, dass wenn die Leute, die heute demonstrieren, das Recht haben zu demonstrieren, und dies tun können unter dem demokratischen Regime, unter dem sie leben, sie dies diesen selben amerikanischen Streitkräften verdanken, deren Intervention sie vor 25 Jahren, als sie in ihrem eigenen Lande einen Krieg und eine ausländische Besetzung erlebten, dringend verlangten und deren Geschwader von Bombenflugzeugen, die nach Deutschland flogen, um dessen Fabriken, Brücken, Dämme und Städte zu zerstören, sie begeistert begrüsst, während sie sich selber leise sagten, dass noch mehr davon kommen sollten, um das Ende des Krieges zu beschleunigen.

Und ich weiss auch, dass wenn ich wie so viele andere hier mit mir auf dieser Tribüne erscheinen und in französisch sprechen kann und es nicht in deutsch oder russisch tun muss, ich es und wir es jenen Amerikanern, Australiern und anderen Alliierten verdanken, die in Nordafrika, in Italien, im Pazifik, in der Normandie und in Deutschland gestorben sind, um uns Frieden und Freiheit zurückzubringen.

Aber anscheinend haben diese Leute entweder ein schlechtes Gedächtnis oder ist die Propaganda unserer Gegner erstaunlich geschickt und wirksam oder sind sie zu jung, um zu wissen, wie teuer ihr Frieden erkauft worden ist und wer den Preis dafür gezahlt hat.

Es gibt Leute, die sagen, dass wir uns den Amerikanern verkauft hätten. Alle, die mich kennen und die den Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften kennen, wissen, dass wir die Amerikaner nicht besonders lieben ...

Aber wenn unsere Unabhängigkeit des Geistes und der Tat uns erlaubt, sehr deutlich zu sagen, dass sie einen falschen Weg verfolgen, so hilft sie uns auch, ungleich vielen von der gegnerischen Propaganda missgeleiteten Menschen, nicht den Angreifer mit dem Opfer, das Erobererland nicht mit dem eroberten Land, die Kollaborateure nicht mit den Widerstandskämpfern, die Verräter nicht mit den Patrioten, die terroristische Diktatur nicht mit einer Demokratie zu verwechseln, die zwar unvollkommen ist, sich aber im Prozess des Aufbaus befindet und von der die CVT ein wichtiger Bestandteil ist.

Und falls wir dies vergessen haben sollten, so gibt es die zwei Millionen aus dem Norden geflüchteten Vietnamesen und die Tausenden von

Zivilpersonen, die wegen ihrer Treue zu ihrem Vaterland und ihrer demokratischen Ueberzeugung hingerichtet worden sind, um uns an den Unterschied zu erinnern, der zwischen dem Regime in Nordvietnam und dem Regime in Süd-vietnam besteht.

Bedeutet das dann, dass wir keinen Frieden wollen? Dass Sie keinen Frieden wollen?

Aber wer könnte Frieden mehr als Sie wollen? Wer kennt besser als Sie den Preis des Krieges? Wer kann in Ihrem Namen von Ihren Leiden und Qualen sprechen? Wer kann mehr als Sie den Frieden wollen?

Man muss sich nur darüber verständigen, um welchen Frieden es sich handelt.

Es gibt den Frieden des Friedhofs, wo jede Opposition verschwunden, zerstört und vernichtet ist.

Es gibt den Frieden des Konzentrationslagers, wo jede Opposition zum Schweigen verurteilt und in der dunklen Nacht des Schreckens erwürgt worden ist.

Es gibt den Frieden, der einfach die Abwesenheit des Krieges ist.

Es gibt schliesslich den Frieden, der die Frucht und das Werk der Gerechtigkeit zwischen den Völkern, Klassen und Menschen ist, den Frieden, Werk der Gerechtigkeit, der jedem Menschen, jeder Klasse, jedem Volk die Freiheit, Würde und Achtung gibt, die ihnen gebührt. Den Frieden, Werk der Gerechtigkeit, der jedem gibt, was ihm auf Grund seiner Arbeit zukommt, und jedem mit Hilfe freier, demokratischer Einrichtungen das Recht sichert, am Aufbau einer besseren Gesellschaft teilzunehmen, das Recht, am Fortschritt und an der Prosperität der Gemeinschaft teilzunehmen, das Recht, sich voll und in allen Bereichen in Freiheit und Würde zu entfalten.

Diesen Frieden wünschen Sie, erstreben Sie, wollen Sie mit ihrer ganzen Kraft, und wir wollen ihn mit Ihnen.

Fragen an das SOI

Im Zusammenhang mit der Teilung Deutschlands ist immer wieder vom Potsdamer Abkommen die Rede. Wie verhält es sich damit?

Das Potsdamer Abkommen, die am 2. August 1945 zwischen Truman, Stalin und Attlee auf der Potsdamer Konferenz geschlossene Vereinbarung, beschloss die Phase des Zweiten Weltkrieges und eröffnete die danach einsetzende Entwicklung. Die Konferenz griff alle Probleme der damaligen welt-politischen Lage zwischen der Kapitulation Deutschlands und der Kapitulation Japans auf. Sie wurde massgeblich wichtig für die Besatzungspolitik der Siegermächte, für die Festsetzung der Demarkationslinie an der Oder-Neisse-Linie, für die Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands. Die drei Mächte vereinbarten im Potsdamer Abkommen eine Zusammenarbeit in der Weltpolitik und fixierten «die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Verbündeten in bezug

auf das besiegte Deutschland und für die Zeit der alliierten Kontrolle.» Frankreich billigte am 4. August das Potsdamer Abkommen. Es stimmte dabei aber vor allem folgendem nicht zu: Wiederherstellung zentraler deutscher Verwaltungen oder gar einer deutschen Zentralregierung, Gebietsregelung ohne «gemeinsame Prüfung durch alle interessierten Mächte», Bildung gesamtdeutscher Parteien.

Ueber Deutschlands politische Gestaltung nach seiner Entnazifizierung und Entmilitarisierung sah das Potsdamer Abkommen vor, dass ein künftiger Friedensvertrag mit Deutschland «durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.»

Die Erklärung, dass es um Deutschland «innerhalb seiner Grenzen am 21. Dezember 1937» gehe, die die vier Mächte am 5. Juni 1945 bei ihrer Feststellung über die Besatzungszonen in Deutschland abgaben, wird im Potsdamer Abkommen weder erwähnt noch aufgehoben. Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne dass Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären. Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der provisorischen Polnischen Regierung lediglich «geprüft», doch «bekräftigten die Häupter der drei Regierungen die Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle». Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Uebereinstimmung, dass die in Frage stehenden deutschen Gebiete «unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen». In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlass der vorläufige Charakter der Oder-Neisse-Linie betont, während Polen und die UdSSR die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Bis zum Friedensvertrag wird laut Potsdamer Abkommen «die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches, der UdSSR und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein».

Weiter wird bestimmt: «Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuell friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.» Ueber die Schaffung einer rechtsstaatlichen und parlamentarischen Demokratie heisst es: «Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden. Die Verwaltung Deutschlands muss in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden.»

Die Vorbereitung einer künftigen Zentralregierung wird vorgesehen: «Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Aussenhandels und der Indu-

strie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.»

Die Demokratisierung ganz Deutschlands wird näher umschrieben: «Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften wird zugesichert.»

Das deutsche Wirtschaftsleben soll dezentralisiert werden, dabei «ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf zu legen. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen.»

Das Potsdamer Abkommen ist eine Vereinbarung, das die drei bzw. vier Regierungen untereinander bindet. Als solches bedurfte es keiner Ratifizierung durch die Parlamente der betreffenden Staaten.

Bereits während der Viermächte-Aussenministerkonferenz in Berlin (25. Januar bis 18. Februar 1954) hatte der sowjetische Aussenminister Molotow bemerkt: «Wir erkennen an, dass viele Punkte des Potsdamer Abkommens bereits überholt sind.» Gleichzeitig hatte er jedoch versichert: «Nichtsdestoweniger bleibt der Hauptsinn dieses Abkommens vollkommen in Kraft. Der Sinn dieses Abkommens besteht darin, dass Frankreich, die UdSSR, Grossbritannien und die USA bei der Lösung des Deutschlandsproblems zusammen vorgehen und dass unsere Länder eine gemeinsame Sprache mit dem deutschen Volke finden, und zwar mit seinen demokratischen Kräften, um einen neuen Krieg in Europa nicht zuzulassen.»

Die Sowjetunion vertritt, wie Ministerpräsident Chruschtschow in seiner Rede vom 10. November 1958 betonte, die Ansicht, die Unterzeichner des Potsdamer Abkommens hätten klar umrissene Verpflichtungen übernommen, nämlich «den deutschen Militarismus auszurotten, für immer seine Wiedergeburt unmöglich zu machen und alle Massnahmen zu ergreifen, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn bedrohen oder den Frieden in aller Welt gefährden» könne. Einen wichtigen Bestandteil des Abkommens stelle die Verpflichtung dar, die Gewaltherrschaft der Kartelle, Syndikate und anderer Monopolesellschaften in der deutschen Wirtschaft zu beseitigen. Chruschtschow stellte nach einer Betrachtung über die Entwicklung vom Ende der Konferenz bis zur Gegenwart die Frage: «Was ist denn nun nach all dem vom Potsdamer Abkommen übrig geblieben? Niemand kann bestreiten, dass die Sowjetunion ihrerseits dieses Abkommen einwandfrei eingehalten hat und dass es im östlichen Teil Deutschlands, in der DDR, voll und ganz verwirklicht wurde.» Gleichzeitig beschuldigte er die USA, Grossbritannien und Frankreich, im westlichen Teil Deutschlands eine den Beschlüssen von Potsdam widersprechende Entwicklung eingeleitet und begünstigt zu haben. Der Ost-West-Gegensatz wird hier dadurch u. a. zum Problem der Auslegung und Anwendung der Potsdamer Beschlüsse.

In seinen Memoiren über den Zweiten Weltkrieg schrieb Churchill über Potsdam: «Ich übernehme für die in Potsdam gefassten Beschlüsse keine Verantwortung über das hinaus, was hier geschildert ist. Ich liess ganz einfach die Differenzen, die weder von uns am runden Tisch noch von unseren Aussenministern in den täglichen Sitzungen bereinigt werden konnten, anstehen.» Premierminister Attlee betonte in seinen Erinnerungen: «Nach Potsdam konnte man nicht mehr viel Hoffnung hegen.»

In der durch ihre Note vom 10. März 1952 ausgelösten internationalen Diskussion über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vertrat die UdSSR die Meinung, eine gesamtdeutsche Regierung dürfe Beschlüsse nur im Rahmen der Potsdamer Abkommen halten. Demgegenüber stellten die Westmächte am 10. Juli 1952 fest, dieses Verlangen würde

die «Wiederherstellung des Viermächte-Kontrollsystems bedeuten, das ursprünglich nur für die anfängliche Kontrollperiode gedacht war. Eine deutsche Regierung, die einer solchen Kontrolle unterworfen wäre, würde praktisch in ihren Beziehungen nicht frei sein. Sie wäre auch nicht in der Lage, gemeinsam mit den vier Regierungen frei an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teilzunehmen.»

Aussenminister Dulles beantwortete die Forderung Molotows auf der Aussenministerkonferenz von Berlin, nach den Grundsätzen der Konferenzen von Jalta und Potsdam mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschliessen, mit den folgenden Gedanken: «Damals glaubten wir, dass man, um den Geist des Bösen aus den Deutschen auszutreiben, Deutschland besetzen und entmilitarisieren und ihm erniedrigende Diskriminierungen auferlegen müsse, damit es auf immer ein Aussenseiter unter den Nationen bleibe, sichtbar mit den Kainszeichen versehen. Beschränkungen, wie sie in den russischen Vorschlägen von gestern enthalten sind, stacheln ein Volk mit Kraft und Mut nur an zu dem Versuch, die auferlegten Fesseln zu sprengen und dadurch seine souveräne Gleichheit zu demonstrieren. Verbote regen also gerade an, das zu tun, was verboten ist.»

Der geplante Friedensvertrag über das Schicksal Deutschlands kam wegen gegenseitigen Misstrauens und gegenseitiger Abneigung zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion bisher nicht zustande.

SOI

Der Buchtip

Eleanor Lansing Dulles: «Berlin und die Amerikaner». Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1967, 295 Seiten. Englischer Originaltitel: «The Wall is not Forever».

Die Autorin des Werkes, Frau Eleanor Lansing Dulles, die Schwester der beiden amerikanischen Politiker John Foster und Allen Dulles, verweilte lange Jahre in Berlin, als höhere Beamtin des State Department in Washington. Sie war auf ihrem Posten eine scharfe Beobachterin der Ereignisse und wurde zu einer ausgezeichneten Kennerin der verschiedenen Aspekte des Berlinproblems und der damit verbundenen Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Ihr vor kurzem auch in deutscher Sprache veröffentlichtes Werk ist eine sachliche und alle Einzelheiten umfassende Schilderung jener «Berlinfrage», die von der UdSSR wiederholt zur Unruhestiftung missbraucht wurde. Besonders interessant sind die Teile über die Vorgeschichte des ganzen Fragenkomplexes, wobei auch die Rolle von Präsident Roosevelt und seiner Berater, die Geschichte des berühmten Morgenthau-Planes, die Doppelspurigkeit der sowjetischen Unterhändler während den Verhandlungen mit ihren Verbündeten usw. zur Sprache kommen.

Auch das viel diskutierte Verhalten der Alliierten während der Errichtung der Berliner Mauer wird eingehend erörtert. Nach gründlicher Prüfung des Ablaufes der damit verbundenen Ereignisse kommt Frau Dulles zum folgenden Schluss: «Nur ein zuverlässiger Bericht des Geheimdienstes, der rasch übermittelt und genau ausgewertet die vollständige Schliessung vorausgesagt hätte, wäre geeignet gewesen, die Alliierten rechtzeitig zu einem überzeugenden und gemeinsamen Handeln zu veranlassen. Ein derartiger Bericht lag jedoch selbst zur Zeit des Geschehens nicht vor... Der eigentliche Inhalt der Chruschtschow-Ulbricht-

Der Kommentar

Präsident de Gaulle ist napoleonischer Epigon und denkt anderthalb Jahrhunderte nach dem ersten Kaiser in dessen Kategorien. Daher überschätzt er auf geradezu tragische Weise sowohl Macht und Mittel Frankreichs als auch Bedeutung und Möglichkeiten des französischen Nationalismus.

«Mais ils ne sont pas tous des juifs.» Damit soll er mit Verwunderung die Kritik seines Volkes an der antisraelischen Politik seiner Regierung quittiert haben. «Mais ils sont pourtant des Français.» Damit mochte er die Ablehnung seiner Quebec-Eskapade beantwortet haben.

Nähme Frankreich die Stelle der Grande Nation ein wie zu Zeiten Bonapartes und wären die Franzosen noch ansprechbar auf chauvinistische Symbole: de Gaulles Strategie würde sicherlich geniale Aspekte beinhalten.

Wenn aber Schlüsse aus falschen Voraussetzungen gezogen werden, bleiben die Folgerungen falsch, und mögen sie noch so logisch sein.

De Gaulle ist das grösste Hindernis in der Verwirklichung der europäischen Einheit und der atlantischen Gemeinschaft. Die erstere sollte unter Frankreichs Führung entstehen, weil de Gaulle an die Vormacht seines Landes glaubt. Die zweite durfte nicht verwirklicht werden, weil de Gaulle den Angelsachsen krankhaft misstraut. Wenn nun Nordamerika sich von Europa abwendete, wäre das keine Bestätigung für die Richtigkeit der Prognosen de Gaulles, sondern bloss Folge seiner destruktiven Politik. Es ist eines, zu behaupten, der Krug werde überlaufen, und ein anderes, den Krug selber zu füllen, bis er überläuft.

De Gaulle ist längst kein französisches Problem mehr. Negativ bestimmt er die Zukunft Europas. Daher hat jeder Europäer das Recht, ihn zu kritisieren, vorläufig ohne Frankreich nahezutreten.

P. S.

Konferenz in Moskau wurde nicht bekannt, der Plan zum Bau der Mauer blieb ein gutgehütetes Geheimnis.»

Was das «Nichteingreifen der Amerikaner beim Bau der Mauer» betrifft, so ist es nach Auffassung der Verfasserin auch heute noch eine offene Frage, ob es zu einem Weltkrieg gekommen wäre oder nicht. «Es steht jedoch fest», fügt sie abschliessend hinzu, «dass eine Politik, die rasch und positiv auf alle Angriffe gegen unsere Rechte reagiert, wahrscheinlicher und unter geringeren Kosten zur Behauptung unserer Positionen und unserer Ziele führt als zögernde Untätigkeit, die Grund zu Zweifeln an unserer Festigkeit gibt. Zwar hat unser Verhalten während der kubanischen Raketenkrise das Vertrauen der Berliner in unsere Haltung teilweise wiederhergestellt, aber die Kubakrise wäre vielleicht niemals entstanden, wenn die Sowjets in Berlin 1961 mit einer festen und entschlossenen Haltung oder mit Gegenmassnahmen konfrontiert worden wären.»

E. Sch